

# inter helpo



## don't tell us, what we have to eat

Proteste gegen Menschenunwürdige Verhältnisse in Flüchtlingslagern

Flüchtlinge in den Lagern Blankenburg und Bramsche-Hesepe streiken für würdige Lebensbedingungen

Vom 04. bis zum 31. Oktober 2006 streikten die Flüchtlinge im Ein- und Ausreiselager Blankenburg in der Nähe von Oldenburg (offiziell: ZAAB (Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörde) Oldenburg). Konkret bedeutete der Streik, dass das Kantinenessen sowie die lagerinternen Ein-Euro-Jobs boykottiert wurden. Begleitet wurde der Streik von weiteren Aktionen wie Demos, Kundgebungen, Pressekonferenzen etc., um die menschenunwürdigen Lebensbedingungen im Lager sowie ihre Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen, nämlich: die Auszahlung von Bargeld und die Einrichtung von Kochmöglichkeiten, um selbstbestimmt das eigene Essen zubereiten zu können; eine angemessene und den allgemeinen Standards entsprechende medizinische Versorgung und freie Arztwahl; eine menschenwürdige und nicht-rassistische Behandlung durch das Lagerpersonal; und schließlich eine dezentrale Unterbringung in eigene Wohnungen. UnterstützerInnen organisierten während des Streiks täglich Lebensmittel zum Selbstkochen für die Flüchtlinge.

Die Lagerleitung und Staatsgewalt reagierten auf die Proteste der Flüchtlinge mit Einschüchterungen und Repression. Ein massives Polizeiaufgebot wurde im Lager stationiert, das nicht selten gewalttätig eingriff.

Es wurde kontrolliert, wer an dem Streik teilnimmt. Flüchtlinge wurden verstärkt Botschaften vorgeführt (zur Beschaffung notwendiger Papiere für die Abschiebung) und einzelne wurden in andere Lager oder dezentral in abgeschiedenen Dörfern umverteilt, damit sie an den Protesten nicht mehr teilnehmen können. Es gab Zimmerdurchsuchungen und ständig wurde im Lager patrouilliert. Zudem wurden in der Öffentlichkeit Lügen verbreitet, der Streik würde nur von sehr wenigen Flüchtlingen getragen. Tatsächlich beteiligten sich ca. 200 Flüchtlinge, d.h. fast alle, die permanent im Lager leben. Ende Oktober beschlossen Flüchtlinge und UnterstützerInnen den Streik vorerst auszusetzen – zum einem, um wieder etwas Kräfte zu sammeln, und zum anderen, um auf anderen Ebenen die Proteste weiterzuführen. In den vier Wochen Streik sind wertvolle Selbstorganisationsprozesse von Flüchtlinge gewachsen. Es konnte einiges an öffentlicher Aufmerksamkeit erzeugt werden und es sind viele Kontakte zu Parteien, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen entstanden. Der politische Druck wächst.

Im Abschiebelager Bramsche-Hesepe (bei Osnabrück; eine Außenstelle der ZAAB Oldenburg), in dem es schon in den vergangenen Jahren immer



„Ein Happen für die Ausreisebehörde ...“

wieder zu Protesten kam, sind einige Flüchtlinge vom 21. November bis zum 03. Dezember ebenfalls in einen Kantinenstreik getreten. Begleitet wurde dieser auch hier von Demos und anderen Aktionen wie z.B. einer Torblockade – oder eines Nachts kamen plötzlich mehr als 20 Meter vom Zaun des Lagers zum liegen. Wenn der Streik auch ausgesetzt wurde, so gehen die Proteste weiter.

Was heißt Leben in Lagern? Das Leben in Lagern ist in Deutschland für viele Flüchtlinge bittere Realität. Sie sind dort auf engstem Raum, zu mehreren in einem Zimmer untergebracht und haben keine Privatsphäre mehr. Die medizinische Versorgung beschränkt sich auf das absolut notwendigste. Oft wird für Beschwerden jeglicher Art einfach nur Paracetamol gegeben. Eine Überweisung

an FachärztInnen findet nur selten und auf harträckigem Drängen der Flüchtlinge statt und selbst dann werden die verordneten Leistungen meist nicht gewährt. Lager können als totale Institution beschrieben werden. Alle notwendigen Behörden befinden sich auf dem Gelände des Lagers und im Lager Bramsche-Hesepe wurde sogar eine Lagerschule eingerichtet – nur wenige Kinder / Jugendliche dürfen die normalen Schulen in Hesepe oder Bramsche besuchen. Ein Verlassen des Lagers – wo sie ständig der Kontrolle derselben Autoritäten unterliegen und psychischem Druck ausgesetzt werden – wird so nicht mehr notwendig. Kontakte mit der Außenwelt werden durch die abgeschiedene Lage der Lager und dem geringen Taschengeld

von 39 Euro erschwert. Indem bis auf das Taschengeld alle Leistungen als Sachleistungen ausgegeben werden, können Flüchtlinge wichtige Aspekte ihres Alltags (wie z.B. die Zubereitung des Essens) nicht mehr selbst nach ihren individuellen Bedürfnissen bestimmen. Sie werden entmündigt und in ihren Handlungsmöglichkeiten stark beschränkt.

Gezielt werden Flüchtlinge in besonders schlechte und krankmachende Lebensbedingungen gezwungen, um ihnen deutlich zu machen, dass sie in diesem Land keine Perspektive haben und unerwünscht sind, und um sie schließlich dazu zu drängen, „freiwillig auszureisen“. Vor al-

lem das Abschiebelager (in beschönigender Sprache: Ausreisezentrum) Bramsche-Hesepe ist auf die sogenannte „freiwillige Ausreise“ spezialisiert, aber auch in den anderen Lagern ist dies ein zentrales Motiv. Trotz des heftigen Drucks reisen nur wenige „freiwillig“ aus. Viele tauchen stattdessen in die Illegalität unter, was durchaus auch im Sinne der herrschenden Interessen ist, dienen die illegalisierten Flüchtlinge doch dem Arbeitsmarkt als völlig rechtlose und besonders billige Arbeitskräfte.

Das Land Niedersachsen spielt bei der Lagerunterbringung eine Vorreiterrolle und lässt sich die gezielte Erniedrigung von Men-

schen auch einiges kosten. Die Unterbringung in Lagern kostet doppelt bis dreifach soviel wie die dezentrale Unterbringung. Gerechtfertigt werden die höheren Kosten damit, dass die Flüchtlinge schneller zur Ausreise gezwungen bzw. abgeschoben werden, was langfristig Kosten spare. Angesichts dessen, dass der niedersächsische Innenminister Schünemann bei seinen Amtskollegen damit wirbt, wie gut seine Lager doch funktionierten, und empfiehlt, sie in anderen Bundesländern ebenfalls bzw. verstärkt einzurichten, sind die Widerstände in den Lagern Blankenburg und Bramsche-Hesepe umso wichtiger. Wenn einige Forderungen

sich auf die konkrete Verbesserung der Lebenssituation in den Lagern beziehen, sind dies nur vorläufige, aber dringend notwendige Forderungen. Letztendlich heißt es immer: No Lager, nowhere!

Unterstützt die Flüchtlingsproteste! Macht mit bei Aktionen oder spendet was. Spendenkonto: Arbeitskreis Dritte Welt e.V., Konto-Nr. 015 131 337, BLZ 280 501 00, LZO, Verwendungszweck: Aktionstage

Weitere und aktuelle Infos unter: [www.alhambra.de/nolager](http://www.alhambra.de/nolager), [www.nolager.de](http://www.nolager.de) und [indymedia](http://indymedia)

Wir danken der „Initiative Münster“ für die Zurverfügungstellung des Textes.

## Sieben Monate Solidarisch

### Im Kampf gegen Rödl und Rat

Am 23. Mai 2006 gründete sich die „Initiative Münster Solidarisch“. Mit dem Bekanntwerden des Gutachtens der Firma „Rödl und Partner“ wurde der Ärger unter den verschiedenen sozialen, feministischen, kulturellen und ökologischen Initiativen in Münster und damit auch der Zuspruch zu dieser Initiative so groß, daß an den monatlichen Treffen im Bennohaus regelmäßig über 30 betroffenen Gruppen teilnehmen. Das ist in Münster einmalig, ein strömungs- und themenübergreifendes Bündnis, dessen Mitgliedsgruppen das Ziel einer sozialen Stadt Münster eint. Gemeinsam hat die Initiative hier eine kleine stadtgeschichtliche Sensation geschaffen!

Seit August 2006 organisiert die Initiative Münster solidarisch vor jeder Ratssitzung auf dem Prinzipalmarkt eine gemeinsame Kundgebung und macht auf die Belange der finanziell nicht gut gestellten EinwohnerInnen der Stadt aufmerksam. Oftmals mag das, gerade im Winter, wenn es kalt und dunkel ist, mühsam und anstrengend sein, aber dennoch lohnt es sich jedes Mal, denn jedes Mal erreicht das Bündnis neue Menschen und neue Initiativen, jedes Mal hören auch die Ratsmitglieder, was wir als MünsteranerInnen von ihrer Politik halten. Daß der Schulentwicklungsplan der Stadt für vier Jahre auf Eis liegt und daß die Stadt das Rödl'sche

Gutachten noch einmal nachrechnen muß, um z.B. zu dem Ergebnis zu kommen, daß sie nicht wie geplant 4,3 Millionen Euro Wohnungskosten bei ALG II (Arbeitslosengeld II)-EmpfängerInnen sparen kann, ist auch der stetigen Präsenz von Münster Solidarisch zu verdanken.

Darüber hinaus hat die neue Gruppe am 17. August 2006 eine Podiumsdiskussion in der Evangelischen Studierendengemeinde (ESG) organisiert, auf der Lothar Reinhard, Sprecher der Bürgerinitiative Mülheim, Anne Neugebauer, der ehemalige Studierendepfarrer der ESG, Otto Meyer, und Barbara Imholz vom Institut für Theologie und Politik das Publikum mit

Informationen zum Sozialabbau und Protesten gegen diesen versorgten. Die gut besuchte Veranstaltung motivierte viele neue Mitgliedsorganisationen, an der Initiative teilzunehmen.

Öffentlich wahrnehmbar wurde die Initiative auch durch die Publikation des Informationsmagazins „Münster Solidarisch“. Von den 5000 Broschüren harren nur noch ca. 1000 der Verteilung. Die Erfahrungen beim Verteilen dieser Broschüre sind weitgehend sehr positiv, Geschäftsleute und öffentliche Büros legen sie gerne aus. Ergänzt wird dieses immer noch aktuelle Magazin mittlerweile durch ein regelmäßiges Radio-Magazin, das an jedem dritten

Sonntag im Monat im Bürgerfunk um 20.04 auf der Frequenz 95,4 zu hören ist.

Nicht zuletzt wurde eine BürgerInnenanregung an den Rat der Stadt Münster eingereicht, die eine soziale, geschlechtergerechte und ökologische Haushaltsführung anregt. „Münster Solidarisch“ wartet immer noch auf Reaktionen des Rates und der einzelnen Fraktionen und treibt die Diskussion um diese Anregung aktiv voran. Dies wird im nächsten Jahr oberste Priorität besitzen. Aber weiterhin wird die Initiative auch vor jeder Ratssitzung auf dem Prinzipalmarkt anwesend sein und die Bedürfnisse der MünsteranerInnen kundtun.

Die Initiative „Münster Solidarisch“ trifft sich am zweiten Sonntag im Monat im Bennohaus.

<http://www.muenster-solidarisch.de.ms/>  
Spendenkonto:  
Ewald Halbach, Münster Solidarisch, Konto-Nr.: 307 293 103, BLZ 401 600 50, Volksbank Münster

# Gate Gourmet - die nächsten Runde

Jetzt sind die anderen Standorte dran

Aus historischen Gründen existiert der Airline-Caterer Gate Gourmet in Deutschland gleich zweimal: die Firma Gate Gourmet West, zu der die Düsseldorf-Filiale gehört, die durch den sechsmonatigen Streik von Oktober 2005 bis April 2006 bekannt wurde. Und die Firma Gate Gourmet Deutschland, zu der fast alle übrigen Filialen gehören: die beiden großen in Frankfurt-Zeppelinheim und München, kleinere in Hamburg, Berlin, Stuttgart, Saarbrücken und Hannover. Während die Firma West, die aus der LTU-Tochter LTC entstand, in den Organisationsbereich der Gewerkschaft NGG fällt, werden die übrigen Standorte von ver.di organisiert. Die meisten von ihnen sind die ehemaligen Flugküchen der skandinavischen Airline SAS und wurden in den neunziger Jahren von der Swissair-Tochter Gate Gourmet übernommen. Nun gehören sie zwar alle zum selben Konzern, und dieser wiederum dem Finanzinvestor Texas Pacific Group, aber mit dem gemeinsamen Widerstand gegen die massiven Angriffe auf Lohn und Arbeitsbedingungen klappt es nicht.

Als die KollegInnen in Düsseldorf ein halbes Jahr lang mit ihrem Streik dem Finanzinvestor die Stirn boten und von dessen Rechtsanwalt, Herrn Leuchten, als kleines gallisches Dorf verspottet wurden, liefen auch Tarifverhandlungen zwischen ver.di und Gate Gourmet. Besser gesagt, sie liefen nicht, sondern waren auf Eis gelegt. Seit drei Jahren ist der alte Tarifvertrag ausgelaufen, aber ver.di hoffte, die Bedingungen für die dort bereits Beschäftigten durch die Nachwirkung des Tarifvertrags besser sichern zu können, als durch Verhandlungen oder gar Streik, bei denen das Risiko bestand, letztendlich schlechter dazustehen. Die Erfahrung aus Düsseldorf schien das zu bestätigen. Trotz sechs Monaten Streik mussten dort Verschlechterungen hingenommen werden. Dann lieber wegducken und nichts tun. Wer sich als erster bewegt, hat verloren. Nach diesem Motto versucht heute jeder, seine Haut zu retten. Aber ausruhen konnte sich ver.di auf der Nachwirkung auch nicht. Denn sie gilt nicht im Falle von Neueinstellungen. Gibt es nur Nachwirkung und keinen gültigen Tarifvertrag, dann steht es dem Unternehmer frei, mit den Neuen außertarifliche Arbeitsverträge abzuschließen,

in die er all das reinschreiben kann, was er ohnehin gern durchsetzen will. In der letzten Zeit ist das immer öfter der Fall, wie Betriebsräte aus Frankfurt-Zeppelinheim berichten.

Also fährt doch kein Weg an Tarifverhandlungen vorbei. In denen hat die Texas Pacific Group durch ihren Anwalt einen Manteltarif vorgelegt, der von den KollegInnen die ganzen schon aus Düsseldorf bekannten Zugeständnisse fordert:

\* Erhöhung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich, versteht sich;

\* Verzicht auf drei Urlaubstage;

\* die Hälfte des 13. Monatsgehalts wird nur noch erfolgsabhängig gezahlt da die Firma mit der Übernahme durch die TPG hoch verschuldet wurde, dürfte es kein Problem sein, die Gewinne dahinter zu verstecken und wegen „schlechter Ertragslage“ nur noch das halbe Weihnachtsgeld zu zahlen;

\* die Zeiten, für die Zuschläge gezahlt werden, werden eingeschränkt (z.B. Nachtschichtzuschläge erst ab 23 Uhr);

\* der besondere Kündigungsschutz für langjährig Beschäftigte soll wegfallen, denn:

\* mit der auch hier vorgesehenen Absenkung der Einstiegs-löhne lohnt es sich erst recht,

die Alten rauszuschmeißen und Neue einzustellen.

ver.di hat nachgerechnet: „Selbst bei vorsichtigen Berechnungen und nur der schlimmsten Einschnitte würden z. B. die Beschäftigten in Ffm.-Zeppelinheim, dem größten Standort in Deutschland, im Monat durchschnittlich über 300 Euro an Einkommen verlieren. Viele von ihnen könnten dann nicht mehr den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien finanzieren“ (aus der Pressemitteilung zu den Tarifverhandlungen am 14.2.07).

Für den Verhandlungstermin am 14. Februar in Frankfurt, Neu-Isenburg, kündigte ver.di eine Demonstration von Beschäftigten an und drohte für die Zukunft mit Warnstreiks: Bald Passagiere ohne Essen und Getränke. Am 14. gab es aber noch keinen Warnstreik. Beschäftigte waren aufgerufen, in ihrer Freizeit die Verhandlungsdelegation am abseits gelegenen Verhandlungsort zu empfangen. Nur wenige Arbeiter fanden den Weg zu dem neben dem Flughafen mitten in einer Baustelle gelegenen Tagungsort. Bei den flexiblen Arbeitszeiten und versetzten Schichten sagt dies nicht unbe-

dingt etwas über die Stimmung im Betrieb aus.

Die anwesenden Kollegen aus der einige Kilometer entfernten Filiale in Zeppelinheim berichteten, dass auch bei ihnen der Anteil an Leiharbeitern und Aushilfen enorm erhöht wurde. Bei etwa 400 Beschäftigten insgesamt sind bereits 94 Leiharbeiter im Betrieb, und weitere studentische Aushilfen. Die LeiharbeiterInnen verdienen mit knapp 7 Euro pro Stunde etwa drei Euro weniger als die Festangestellten an vergleichbaren Arbeitsplätzen; StudentInnen bekommen noch weniger. Der Betriebsrat versucht, den Einsatz von Leiharbeitern auf dem Rechtsweg zu bremsen. Durch seine Einsprüche nach dem Betriebsverfassungsgesetz hat er das Unternehmen gezwungen, für die Weiterbeschäftigung der LeiharbeiterInnen vors Arbeitsgericht zu gehen - in 94 Fällen. Nächste Woche findet der erste Termin statt.

Für die Festangestellten bedeutet der Einsatz von Aushilfen zusätzlichen Stress, denn sie müssen sie anleiten, kontrollieren und für deren Fehler gerade stehen. Gleichzeitig machen sie den Eindruck, dass Gate Gourmet versucht, KollegInnen loszuwerden, die länger als zehn Jahre im Betrieb sind. Wie in Düsseldorf (siehe die genaue Darstellung im Buch „... auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet“) wurden in Zeppelinheim die Arbeitsabläufe vereinfacht, sodass Neue sie schnell lernen können. Auch hier wurden in der Produktion die Bänder abgeschafft und Einzeltische aufgebaut, an denen die ArbeiterInnen besser kontrolliert werden können. Die Berichte der Kollegen klingen teilweise fast wörtlich wie die Berichte aus dem Düsseldorf Betrieb. Bei der Überwachung der ArbeiterInnen in der Produktion, d.h.

der Bestückung der Tablett mit Essen, hat sich ein Chef in Zeppelinheim etwas besonderes einfallen lassen. Er stellte eine der fahrbaren Leitern mit Plattform, die normalerweise dazu dienen, Sachen aus den Hochregalen zu holen, mitten in der Produktion auf. Von diesem „Hochstand“ aus überwacht er dann die Arbeit - bis die KollegInnen, auch hier hauptsächlich Frauen, es sich nicht mehr gefallen ließen. „Mittlerweile herrscht hier ein richtiger Krieg“, kommentiert einer der Kollegen, die zum Verhandlungsort gekommen sind.

Die Kollegen aus Zeppelinheim, mit denen wir gesprochen haben, versuchen, sich nicht ge-

gen die Leiharbeiter aufhetzen und ausspielen zu lassen. Sie sehen sie als KollegInnen, die in noch schwächerer Position sind. Wie in Düsseldorf ist hier übrigens die Zeitarbeitsfirma Mummie im Geschäft, und es werden gerne MigrantInnen eingestellt, die noch wenig Sprachkenntnisse und Erfahrung in diesem Land haben. Bei allem Verständnis für die Probleme der LeiharbeiterInnen sprechen die Kollegen aber auch das Problem an, dass diese ihnen bei einem möglichen Streik in den Rücken fallen könnten. Schließlich konnten sie das in Düsseldorf aus der Ferne beobachten, und ein Kollege, der die Streikenden am Düsseldorfer Flughafen besucht hat, hat

deren Ohnmacht angesichts des Streikbruchs noch gut in Erinnerung. Ein Streikbruch, zu dem sie anfangs selbst beigetragen haben: Aus der unit Zeppelinheim wurden Fahrer nach Düsseldorf geschickt. Es gab mit der Zeit zunehmend Weigerungen, sich als Streikbrecher herzugeben. Aber der Fahrer, der am 18.11.2005 (also nach sechs Wochen Streik) rabiat in eine Blockade der ArbeiterInnen in Düsseldorf reingefahren ist, kam aus Zeppelinheim - er sei aber auch bei ihnen ein sehr unbeliebter Kollege.

Jetzt wird auch in Zeppelinheim über Streik gesprochen. Die Wut über die Zumutungen ist groß und Kollegen fragen:

„Wann gehen wir endlich raus?“ Um die Dramatik der Entwicklung in den Verhandlungen zu unterstreichen, hatte ver.di für den 14.2. nicht nur die kleine Verhandlungskommission, sondern die komplette Tarifkommission mit Vertretern aus den verschiedenen Standorten nach Frankfurt einberufen. Nur sie könnte das Scheitern der Tarifgespräche beschließen und damit den Weg für Urabstimmung und Streik freimachen. Noch kam es dazu am Mittwoch nicht, die Gespräche wurden ohne nennenswerte Annäherung auf den 26. Februar vertagt.

Quelle: <http://www.gg-streik.net/nachrichten/gate-gourmet-2013-die-naechste-runde>

## »Wir kämpfen für die Macht des Volkes«

Wider dem Staatsterror in Oaxaca/Mexico (siehe auch Seite 8)

Ende November wurde die Selbstverwaltung von Oaxaca in Südmexiko blutig beendet. Doch der Widerstand geht weiter. Ein Gespräch mit Florentino López, dem Sprecher der »Volksversammlung der Völker von Oaxaca« (APPO).

**Ihr Bündnis, die »Volksversammlung der Völker von Oaxaca« (APPO), fordert seit über einem halben Jahr den Rücktritt von Gouverneur Ulises Ruiz. Ende November wurde die Besetzung der Stadtverwaltung blutig beendet. Wie machen Sie nun weiter?**

Im Moment müssen wir unsere Kräfte ordnen, um für eine neue Etappe des politischen Kampfes vorbereitet zu sein. Wir hatten über Monate hinweg die Kontrolle über die öffentlichen Räume und Medien in Oaxaca. Doch der Staat hat sich dafür entschieden, diese Bewegung am 25. November 2006 anzugreifen. Seither leben wir de facto im Ausnahmezustand. Wir müssen zum Teil im Untergrund arbeiten, weil Genossinnen und Genossen verfolgt werden. Doch wir kämpfen mit zivilen Mitteln weiter dafür, daß das Volk die Macht ausübt. Wir

sammeln unsere Kräfte und erobern den öffentlichen Raum nach und nach zurück.

**Die APPO besteht aus zahlreichen Gruppen und Organisationen ...**

Ja, die Leute aus den Städten sind ebenso vertreten wie die Bewohner der armen Vorstadtviertel und der ländlichen Gebiete. Auch viele indigene Gemeinden nehmen teil. Das politische Spektrum ist sehr breit gefächert. Es gibt Anarchisten, Kommunisten und indigene Gruppen, aber auch viele Menschen ohne ideologische Prägung und ohne feste politische Organisation, die für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen kämpfen.

**Wie funktioniert die Organisation?**

Im unserem Rat treffen über 200 Delegierte aus allen Regionen Oaxacas zusammen. Sie

entscheiden gemeinsam und im Konsensprinzip.

**Im Herbst stehen die Präsidenten der über 500 Landkreise zur Wahl. Wird die APPO Kandidaten stellen?**

Wir werden auf jeden Fall eine einheitliche Linie verfolgen. Die APPO könnte die Wahlen offensiv verhindern. Sie könnte aber auch dazu aufrufen, nicht zu wählen, weil durch Wahlen immer nur die Herrschaft einiger weniger legitimiert wird. Auch könnte die APPO verhindern, daß die Bourgeoisie weiterhin dominiert. Sie könnte diesen Raum einnehmen, um eine neue Gesetzgebung voranzutreiben. Dies wäre dann aber sicherlich nicht das Ende des Versuches, eine Volksmacht aufzubauen, nach der die Bevölkerung sucht.

**Sie hatten im Juni vergangenen Jahres ja schon einmal**

**eine Wahlempfehlung gegeben.**

Zwei Tage vor den Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli 2006 hat die APPO dazu aufgerufen, in Oaxaca nicht die PRI zu wählen. Und tatsächlich verlor die PRI damals in neun von elf Regionen des Bundesstaates.

**Welche Optionen sehen sie auf nationaler Ebene?**

Die mexikanische Bevölkerung hat verschiedene fortschrittliche Foren geschaffen. Auf der nationalen Ebene gibt es heute den gewerkschaftsnahen »Nationalen Dialog«, es gibt die der sozialdemokratischen PRD nahestehende »Nationale Demokratische Versammlung« und die von den Zapatisten initiierte »Andere Kampagne«. Die APPO versteht sich als Synthese all dieser Ansätze. Wichtig ist es uns, festzustellen, daß sich Militarisierung und Angriffe auf Arbeiter-, Indigenen und Menschenrechte unter dem neuen Präsidenten Felipe Calderón verstärkt haben. Ab einem gewissen Punkt wird die Bevölkerung reagieren müssen. Doch diese Reaktion muß gemeinschaftlich sein.

# Unter Schichten

Mit dem „Prekariat“ macht ein Begriff Karriere, der mehr verschleiert als er erklärt

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Das Gespenst der Unterschicht. Schuld daran ist der SPD-Vorsitzende Kurt Beck, der den Begriff in einer Rede verwandte.

Die „Unterschicht“ ist tatsächlich ein Gespenst. Kaum pupst ein Politiker das Wort ins Mikrofon, schreit die Öffentlichkeit, denn was er da erwähnte, war eine unbequeme Wahrheit. Aber leider falsch ausgedrückt. Beck ist der Meinung, unter anderem seine Partei hätte das Entstehen einer Unterschicht begünstigt. Damit hat er sicher recht, aber eigentlich sind es die alltäglichen Methoden des Kapitalismus, denen sich die SPD wie jede andere Partei unterwirft, die tagtäglich diese „Schicht“ produziert. Sie ist sozusagen das „Abfallprodukt“ unserer Gesellschaft.

Der Begriff der „Schicht“ verschleiert dabei mehr als er erklärt. Er legt nämlich nahe, daß Schuld an der ganzen Misere ein unzulängliches Bildungssystem ist, das Desinteresse der Leute selber, aus dieser Schicht zu entkommen, die Erziehung. Im Wesentlichen sind sie mal wieder selber schuld. Und alles ist eine Frage der Kultur und der Bildung. Gebt dem Asozialen einen Schlips, ein Glas Wein und ein wenig Französisch-Unterricht und alles ist in Butter.

Auch Kurt Beck weiß, daß das für diese Generation längst zu spät ist. Klipp und klar: Diese Generation ist verloren. Aber sie soll doch wenigstens ihre Kinder so erziehen, daß die es mal besser haben. Es sei denn, so legte Beck dann kürzlich nach, man rasiert und wäscht sich, dann wird aus dem Unterschichtler vielleicht noch ein ordentlicher Proletarier. Mehr will man ja gar nicht. Leider ist Kurt Beck mit diesem Spruch an einen engagierten Anti-Hartz IV-Aktivistin geraten, der sich nur deswegen nicht rasiert hat, weil es sich für die Subkultur, der sich Henrico Frank angehört, nun mal so gehört. Punk ist nicht gleich Unterschicht.

Amüsant daran ist hauptsächlich das Gewinsel der Medien. Allen ist klar, daß es eine Oberschicht gibt und wenn jemand diesen Begriff benutzt, ist das auch kein Problem. Seien es degenerierte Adlige, seien es Popstars, Manager oder Politiker: Man kann einfach stolz darauf sein, dieser Schicht anzugehören. Komischerweise kommt niemand auf die Idee, daß, wo eine Oberschicht ist, auch eine Unterschicht sein muß. Kein „oben“ ohne „unten“.

Beck berief sich auf eine Studie der SPD-nahen Friedrich Ebert Stiftung, die ihrerseits von einem „abgehängten Prekariat“ geschrieben hat, dem in Deutschland acht Prozent der Bevölkerung angehören würden.

Das Problem der SPD ist keineswegs, daß es dieses Prekariat gibt, sondern daß es abgehängt wurde. Dieses Prekariat - früher hieß es halt „Reservearmee“ oder „Lumpenproletariat“ gehört zum Kapitalismus wie das Ei zur Henne. Tendenziell mag es größer werden, die Panik der Sozialdemokraten liegt aber darin, daß die Menschen resigniert haben und nicht mehr versuchen, diesen Status zu überwinden.

Das Credo des modernen Kapitalismus ist nun mal, sich selber zu aktivieren, geht das nicht von alleine, muß man halt „fordern und fördern“. Das tut, auch wenn es dann nach wie vor acht Prozent „Prekäre“ gibt, der Volkswirtschaft gut. Konkurrenz statt Resignation also. Es liegt in der Logik der marktwirtschaftlichen Ökonomie, das da früher oder später jemand angehängt wird.

„Prekär“ kann heute der Akademiker sein wie auch der Buchhändler oder der Jugendliche ohne Schulabschluß. Den ersteren gesteht die SPD aber zu, diesen Status zu überwin-



den, sie könnten sich selber aktivieren.

Die „Unterschicht“ definiert die SPD über ihre Kultur, mit der sie nichts anfangen kann. Der geschmackvolle Student ist in der selben Situation, wird aber vom Sozialdemokraten besser verstanden. Er kann nicht nur aktiviert werden, für den wird man sogar selber noch aktiv (Henrico ist so einer, denn der engagierte Polit-Punk, den kennt der Sozialdemokrat wieder, seine Kinder waren auch mal so oder vielleicht gar er selber. Er wäscht sich vielleicht nicht, hat aber noch alle Zähne im Mund...). Genau diese Menschen spricht Hartz IV an, die kann man fördern und fordern. Daß das Problem ein Strukturelles ist, das kann und darf die SPD nicht sehen. Becks Kollege Wolfgang Thierse hat in einem lichten Moment einen besseren Begriff verwendet: „Klassengesellschaft“. Da wurde das Geschrei in den Medien aber mal richtig groß. Im Gegensatz zum Prekariat, das ja was an seiner Situation ändern könnte, wenn es nur wollte, heißt Klassengesellschaft nämlich: Unsere Gesellschaft ist nun mal so.

Sicher gibt es Prekarität. Sie ist nicht neu, aber sie wird tendenziell größer. Die Prekären sind die Kollateralschäden der modernen Wirtschaft. Macht man daraus ein „Prekariat“, erklärt man damit ein Schicksal für besiegelt. Das passt den Linken nicht, seien sie nun Sozialde-

mokraten oder Autonome. Der Sozialdemokrat wünscht sich die egoistischen Prekären, die auf Kosten anderer ihre Prekarität überwinden. Die Autonomen dagegen die „bewussten“ Prekären, die sich gegen ihre Prekarität wehren. Das „Prekariat“ wird zum revolutionären Subjekt.

Aber vielleicht ist die SPD da sogar realistischer: Prekarität lässt sich nicht abschaffen, wohl aber der einzelne Prekäre. Klassenzugehörigkeit lässt sich individuell durchaus verändern, um den Preis, andere hineinzustoßen in diese Prekarität.

Der Kapitalismus hat immer funktioniert, indem er eine Reservearmee bei Fuß stehen hatte, mit der sich das klassische Proletariat unterdrücken ließ. Die Art und Weise dieser Unterdrückung ist hinterlistiger geworden. Und die Reservearmee ist so groß geworden, daß ein Teil von ihr einen neuen ökonomischen Status hat: Sie sind für den wirtschaftlichen Wohlstand überflüssig. Im Wortsinne ist das neue „Prekariat“ sehr proletarisch: Der Begriff will nämlich wörtlich sagen: Jene, die sich zu viel vermehren. Die FDP erläutert: „In Deutschland bekommen die Falschen die Kinder“. Was wiederum darauf hinweist, daß es den Politikern gar nicht darum geht, etwas an den Klassenverhältnissen zu ändern, sondern allein darum, ihre „Oberschicht“ zu erhalten.

# Aktionen gegen Starbucks

Veröffentlicht von SWU (Starbucks Workers Union) am 7.1.2007

## Globale Aktionen machen die gewerkschaftsfeindliche Haltung von Starbucks zur Zielscheibe

In rund fünfzig Städten weltweit, unter anderem in Australien, Kanada, Deutschland Großbritannien, Neuseeland und amerikanischen Städten wie etwa New York, Chicago, Minneapolis und San Francisco gab es während des Thanksgiving-Wochenendes (24. November 2006) Proteste gegen die gewerkschaftsfeindlichen Praktiken von Starbucks und gegen die unrechtmäßigen Entlassungen von fünf Gewerkschafts-AktivistInnen.

Die weltweiten Aktionen starteten mit dem 22. November, als die fünf Baristas (die Bezeichnung von Starbucks für seine Angestellten) von der IWW (Industrial Workers of the World) New York City, die wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten illegaler Weise gefeuert worden waren, die regionale Starbucks-Zentrale aufsuchten, um ihre Jobs zurückzufordern und Starbucks aufzufordern, die Politik der verbrannte Erde und der Zerschlagung von Gewerkschaften aufzugeben. Während SWU-Mitglieder und UnterstützerInnen draußen protestierten, stellten die gefeuerten Baristas ihre Forderungen an den Starbucks Partner und „Asset Protection Investigator“ (übersetzt in etwa: „Ermittler zum Schutz des Betriebsvermögens“) Marc Stella innerhalb des schicken Unternehmensbüros gegenüber dem Empire State Building.

Stella ist der interne „Pinkerton“ (US-amerikanische Detektei, bekannt durch Detektivromane, aber auch als paramilitärische Streikbrecher) des Unternehmens, der die fingierte Untersuchung gegen den Kollegen Daniel Gross betrieben hat und der wahrscheinlich Mitschuld ist an allen Rauswürfen von Baristas.

Der regionale Direktor Jim McDermott war passender Weise nicht im Büro, sondern genoss das Thanksgiving-Wochenende und sein fettes Gehalt, während die Baristas extra hart arbeiten mussten, um den Erwartungen an den Feiertag bei einem kärglichen Lohn gerecht zu werden.

Zwischen Dezember 2005 und November 2006 hat Starbucks fünf Mitglieder der IWW New York City unter Vorwänden, die von „Insubordination“ bis hin zu „Untergraben der Moral der Angestellten“ reichten, hinausgeworfen. Die Liste der gefeuerten Gewerkschafter (in New York, d. Ü.) umfasst:

Joseph Agins, der bei der Starbucks-Filiale Ecke 2. Avenue und 9. Straße am 12. Dezember 2005 gefeuert wurde

Charles Fostrom, bei der Starbucks-Filiale Ecke 57. Straße und Lexington Avenue am 11. Juli 2006 gefeuert

Evan Winterscheidt, bei der Starbucks-Filiale Ecke 14. Straße und 6. Avenue am 18. Juli 2006 gefeuert

Daniel Gross, bei der Starbucks-Filiale Ecke 36. Straße und Madison Avenue am 5. August 2006 gefeuert

Isis Saenz, bei der Starbucks-Filiale Ecke 57. Straße und Lexington Avenue am 1. November 2006 gefeuert.

Das National Labor Relations Board (NLRB - Kommission für nationale Arbeitsbeziehungen) ist dabei, diese Rauswürfe zu untersuchen und es wird nicht vor irgendwann im diesem Jahr (2007) erwartet, dass es eine Regelung trifft.

Im März 2006 erreichte das NLRB eine Übereinkunft mit

Starbucks bezüglich früherer Beschwerden von Gewerkschaften. Dieser Schiedsspruch setzte die Wiedereinstellung von zwei GewerkschafterInnen fest und zwang Starbucks, an drei Angestellte ausstehende Löhne zu zahlen und seine diskriminierende Vorgehensweise zu beenden, die die ArbeitnehmerInnenrechte auf das Tragen von Gewerkschaftsbuttons und das Verteilen von Gewerkschaftsmaterial am Arbeitsplatz verletzen.

Starbucks versprach auch, keine Gratifikationen an Angestellte in Form von kostenloser Pizza, Gratis-Reinigungsservice in den Filialen nach Geschäftschluss, kostenlosen Mitgliedsausweisen für Fitness-Zentren und Gratis-Baseballtickets mehr zu verteilen, die diese dazu bringen sollten, ihre Unterstützung der Gewerkschaft wieder zurückzunehmen.

Solidaritätserklärungen kommen von nah und fern: Die Gewerkschaft C.E.K. in Guinea erklärte ihre Unterstützung im September 2006. In Paris haben Mitglieder der CNT-F gegen die wiederholten Verletzungen des Unternehmens gegen ArbeitnehmerInnenrechte protestiert. Das „Comite de Solidarite de Madagascar“ hat, ebenso wie andere Arbeitergruppen in Österreich, Kanada, England, Deutschland, Korea, Neuseeland und überall in den USA ebenfalls die gewerkschaftsfeindliche Politik von Starbucks verurteilt.

In Deutschland fanden am 25. November Solidaritätsaktionen in Essen und München statt. In Essen verteilten UnterstützerInnen der Starbucks Workers Union vor der Filiale in der Nähe des Hauptbahnhofs Flugblätter und schickten Faxe an die deut-

sche Starbucks-Zentrale, die sich ebenfalls in Essen befindet, in denen sie warnten, dass sie wiederkommen würden, wenn die Forderungen der Baristas nicht erfüllt würden.

In München verteilten UnterstützerInnen Flugblätter vor den Filialen in der Leopold- und in der Feilitsch-Straße. Die meisten TeilnehmerInnen waren Mitglieder der deutschen anarcho-syndikalistischen Freien ArbeiterInnen Union oder des Organisationskomitees der IWW Deutschland.

In Pittsburgh trugen 25 IWW-Mitglieder und anderen UnterstützerInnen der Gewerkschaft Plakate und riefen Sprechchöre vor dem Squirrel Hill Starbucks an der Ecke Forbes und Shady Avenue. Als die Leute in der Mittagspause nach dem Lunch dort hineinströmten, gingen auch Gewerkschaftsmitglieder in den Laden, um zu versuchen, mit den Angestellten und den KundInnen zu sprechen, aber die Manager unterbanden das Verteilen von Flugblättern oder die Diskussionen über Gewerkschaftsarbeit im Laden selbst und beförderten auch KundInnen, die die Aktion diskutierten, hinaus.

Die GewerkschafterInnen setzten dann ihren Protest auf dem Gehweg vor der Filiale fort. AutofahrerInnen hupten und winkten, um ihre Unterstützung zu signalisieren und PassantInnen blieben stehen, um mit den Gewerkschaftsmitgliedern, die Flugblätter verteilten, zu sprechen. „Es ist erstaunlich, wie viele KundInnen von Starbucks nicht wissen, wie es ist, bei Starbucks zu arbeiten“, sagte Ken Miller, ein Mitglied der IWW und Ex-Mitarbeiter von Starbucks. „Wenn wir erst einmal erklären, was die Angestellten dort mitmachen, sind die Leute der gewerkschaftlichen Organisation gegenüber positiv gestimmt und unterstützen diese.“

# Studiengebühren an der Fh Münster

Und wie die Gebühren den Studierenden verkauft werden / Erste Eindrücke

Was allgemein für Hochschulen gilt, gilt für die Fachhochschulen im Besonderen: Sie sind Experimentierfelder neoliberaler Reformpolitik. Mit dem kommenden Semester werden an der FH Münster Studiengebühren erprobt. Um den an der FH ohnehin nie sehr lauten Protest gar nicht erst aufkommen zu lassen, haben sich Rektor und Kanzler der FH nicht lumpen lassen, wieder einmal die alte Platte des Sachzwangs aufzulegen.

Das Hochschulwesen wird immer stärker nach marktwirtschaftlichen Kriterien umgestaltet. Eines der Instrumente zur Umgestaltung sind die Studiengebühren. An der FH Münster sieht das konkret wie folgt aus: Ab dem Sommersemester 2007 müssen die Studierenden zunächst 300 Euro (zzgl. 131,72 Euro Studienbeitrag) zahlen. Im WiSe 07/08 steigen die Gebühren auf 400 Euro, im SoSe 08 auf 500 Euro. Studierende, die erst im SoSe 08 ihr Studium antreten, zahlen vom ersten Semester an 500 Euro Gebühren.

Das hat der Senat in der zweiten Lesung der Gebührensatzung beschlossen.

In einem an alle betroffenen Studierenden geschickten Broschüre namens „Studienbeiträge an der Fachhochschule Münster“ versuchen sich Rektor Prof. Dr. Niederdrenk und Kanzler Dr. Jubelius für die Gebührenerhebung zu rechtfertigen: „... die Landeshaushalte sind schon seit längerer Zeit nicht mehr in der Lage, das öffentliche Hochschulwesen vollständig zu finanzieren. Nachdem wir in den vergangenen Jahren alle Einsparpotenziale ausgeschöpft haben, sieht nun die verantwortliche Politik eine zusätzliche Finanzierung von Seiten der Studierenden als unausweichlich an.“

Was als Rechtfertigung gemeint ist, ist wohl eher ein Eingeständnis, keine Verantwortung übernehmen zu wollen. Stellen sich Rektor und Kanzler zunächst noch schützend vor das Land NRW, indem sie sagen, „die Landeshaushalte sind nicht mehr in der Lage, dass

Hochschulwesen vollständig zu finanzieren“, hier also einen Sachzwang unterstellt wird anstatt auf die Verteilungsproblematik hinzuweisen (sprich: Es geht weniger darum, dass das Land nicht kann, als vielmehr darum, dass das Land nicht will), so reichen sie die Schuld im Folgenden an eine ominöse „verantwortliche Politik“ weiter. Auch hier wird die eigene Entscheidungskompetenz ausgeklammert bzw. suggeriert, es

gebe keine andere Ausgleichsfinanzierung als die, Studiengebühren zu erheben.

Schaut mensch sich im Weiteren das Gebühren-Regelwerk an, stößt so manches auf. So die Regelung von Befreiungen und Ermäßigungen: Während AStA-Vertreter 50% Ermäßigung erhalten, bekommen Fachschaftler nur 25% und Vertreter im StuPa 20%. Böse Zungen könnten hier behaupten: Da hat der AStA in erster

Linie seine eigenen Interessen vertreten.

Für Fachschaftler kommt es sogar noch härter: Nicht alle Vertreter bekommen eine Ermäßigung, sondern nur je angefangene 100 Eingeschriebene an einem Fachbereich. Beispiel: Am Fachbereich Design studieren 500-600 Studierende. D.h., dass maximal 6 Fachschaftsvertreter eine Ermäßigung erhalten. Und zwar die, welche bei der Wahl zur Fachschaftsvertretung die meisten Stimmen bekommen haben. Die nahe liegenden Folgen einer solchen Regelung sind traurig: Konkurrenz innerhalb der Fachschaft um Privilegien, Neid auf jene, die eine Ermäßigung bekommen, Motivationsverfall bei denjenigen, die nichts vom Kuchen abbekommen haben, Ungerechtigkeit, wenn mensch bedenkt, dass die mit den meisten Stimmen nicht automatisch jene sind, die die meiste Zeit in die Fachschaftsarbeit investieren.

Ein Beispiel kann mensch sich dabei wiederum an der Fachschaft Design nehmen, welche die Regelung insofern umgehen, als dass sie das durch die Ermäßigung gesparte Geld in einen Topf werfen und unter allen Fachschaftaktivisten aufteilen.

Ein Gerücht ist hoffentlich nur, dass die Studierendenvertretung die Idee hat, die Ermäßigung für Fachschaftler ganz einzustampfen, wenn der Senat nicht eine höhere Anzahl an Fachschaftlern bewilligt, denen eine Ermäßigung zusteht.

Aber da müssen sich Studierende wohl keine Sorgen machen, denn „Wir sehen uns in einer Fürsorgepflicht gegenüber Ihnen, unseren Studierenden“ (Rektor Prof. Dr. Niederdrenk und Kanzler Dr. Jubelius im Vorwort zur Broschüre „Studienbeiträge an der Fachhochschule Münster“).



„Erstaunlich, mit welchem Eifer der Studierende noch der blödesten Maßnahme nachkommt. Und jenes so widerspruchslos ...“.



# Staatsterror in Mexiko

Kommission kritisiert Gouverneur von Oaxaca / schwere Menschenrechtsverletzungen

Die Zivile Internationale Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte (CCIODH) wirft der Regierung von Oaxaca eine systematische Verfolgung und Unterdrückung der sozialen Bewegungen in dem süd-mexikanischen Bundesstaat vor. Die unabhängige Kommission formierte sich im vergangenen Dezember, nachdem schwere Übergriffe der staatlichen Sicherheitskräfte gegenüber sozialen AktivistInnen gemeldet wurden.

Hintergrund der Repression sind die seit Juni 2006 anhaltenden Proteste breiter Bevölkerungsteile gegen die Administration von Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz, die als korrupt und autoritär kritisiert wird. Die „Volksversammlung der Völker von Oaxaca“ (APPO), in der aktuell über 200 Organisationen und Gemeinden zusammengeschlossen sind, fordert den Rücktritt des Gouverneurs, um die bald 80jährige Dominanz der Institutionellen Revolutionären Partei (PRI) im Bundesstaat zu überwinden. Ziel der APPO ist eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und eine tiefgreifende Reform der Verfassung des Bundesstaates.

Die Menschenrechtskommission, an der ca. 50 Personen aus Spanien, Frankreich, Italien, USA und Neuseeland teilnahmen, präsentierte nach 33 Arbeitstagen, in denen über



400 Interviews mit Opfern von Gewalt, Angehörigen von ermordeten Personen, politischen Gefangenen, sozialen AktivistInnen, GewerkschafterInnen, AnwältInnen, Nichtregierungsorganisationen und staatlichen Institutionen geführt wurden, am 20. Januar ihren Bericht in Mexiko-Stadt.

Neben Gewaltakten wie willkürlicher Festnahme, Folter, Vergewaltigung, Entführung und Mord finden sich Eingriffe in elementarste Freiheitsrechte in dem Report: Unterbindung der freien Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit, Störung der gewerkschaftlichen Organisation sowie Entzug des

Rechtes auf Bewegungsfreiheit, Bildung und angemessene juristische Begleitung. Es handle sich um die Anwendung einer „juristischen, polizeilichen und militärischen Strategie“, so die CCIODH. Außerdem seien paramilitärische Einheiten mit Schusswaffen gegen friedliche DemonstrantInnen vorgegangen.

23 Menschen kamen im Kontext des Konflikts ums Leben, Dutzende Personen sind unauffindbar und über 200 AktivistInnen wurden festgenommen. Noch immer befinden sich rund 70 Personen in Haft. Die CCIODH empfahl der mexikanischen Bundesregierung daher, bis auf weiteres eine permanente Präsenz der Menschenrechtskommission der UNO in Oaxaca zu etablieren.

APPO-Sprecher Florentino López warf der mexikanischen Bundesregierung unter Präsident Felipe Calderón von der rechtskonservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN) vor, mit Ulises Ruiz „einen faschistischen Tyrannen“ zu decken, um im Bundesparlament auf die Stimmen der PRI zählen zu können. López kündigte die Weiterführung des Kampfes der APPO für eine Demokratisierung der südlichen Provinz an.

## Termine

14.03. | 20 Uhr | Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57

### **Krimileseabend: Das Syndikat schlägt zurück**

Café Libertaire mit Keksen von Sjöwall/Wahlöö, Taibo/Sub Marcos u.a.

28.03. | 20 Uhr | Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57

### **Bildung im Neoliberalismus**

Einem kurzen Vortrag über die ökonomisierung des Bildungswesens soll eine Diskussion folgen, wie mensch es besser machen könnte.

11.04. | 20 Uhr | Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57

### **Heraus zum Ersten Mai!**

Arbeiterliedersingabend mit FAU Münster und fachkundiger Unterstützung an den Saiten. Damit die Maidemonstration nicht wieder so ein Trauermarsch wird wie in den vergangenen Jahren, üben wir schon mal passendes Liedgut ein und präsentieren dabei einen kleinen Rundgang durch die Welt der Revolutions- und Arbeiterlieder.

25.04. | 20 Uhr | Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57

### **Einführung in den Anarchosyndikalismus**

Katzenfutter für Interessierte.

Eine erste Aktivität in diese Richtung sei die Volksversammlung vom 11. Februar, bei der die APPO in einem „historischen Schritt“ die zukünftige Strategie in ihrem pazifistischen Kampf für die Absetzung der Regierung von Ulises Ruiz definieren wolle.

Ausführlicher Bericht der CCIODH: <http://cciodh.pangea.org>  
Weitere Infos:  
[www.chiapas98.de](http://www.chiapas98.de)

Luz Kerkeing, Gruppe B.A.S.T.A.,  
Oaxaca, Mexiko  
Fotos: indymedia.com